

Lateinamerika: zwischen „progressivem Zyklus“ und autoritär-rechter Reaktion

Editorial

Joachim Becker

Internationale Medien machen in Lateinamerika einen neuen „progressiven“ oder „rosa“ Zyklus aus. Lateinamerikanische AnalystInnen sind etwas vorsichtiger. So meldet Manuel Canelas, zeitweilig Minister und Vize-Minister in der Regierungszeit von Evo Morales in Bolivien, in einem Artikel für die Nueva Sociedad Zweifel an: „Nicht alles, was glänzt, ist ein ‚Zyklus‘“ (Canelas 2022). Canelas (2022: 35) räumt ein, dass progressive Kandidaten in den letzten beiden Jahren bei Präsidentschaftswahlen erfolgreich gewesen seien: Luis Arce in Bolivien, Gabriel Boric in Chile, Alberto Fernández in Argentinien, Andrés Manuel López Obrador in Mexiko. Inzwischen sind Gustavo Petro, als erster linker Präsident in der Geschichte Kolumbiens, und Luiz Inácio Lula da Silva in Brasilien hinzugekommen. Auch Pedro Castillo, der vor allem mit den Stimmen der indigenen Bevölkerung in der peruanischen Provinz gewählt wurde, ließe sich noch in diese Liste einfügen. Bereits auf der Ebene der Parlamentswahlen stellen sich die Dinge etwas anders da. Boric, Castillo, Petro und Lula verfügen nicht über eigene Parlamentsmehrheiten, was ihre politischen Handlungsspielräume deutlich einschränkt. Auch ist die Kontrolle der Staatsapparate oft unvollständig. Speziell aus den repressiven Staatsapparaten sehen sich die progressiven Regierungen mit Widerständen konfrontiert. Mithin verfügen die progressiven Regierungen oft nur über einen mehr oder großen Zipfel der Staatsmacht. Canela sieht einen wichtigen Unterschied zum „progressiven Zyklus“ zwischen Ende der 1990er Jahre und Mitte der 2010er Jahre: Damals hätten die progressiven Kräfte das „postneoliberale“ Klima der Epoche“ aufgegriffen und eine Meinungsführerschaft verkörpert (Canelas 2022: 42), die sich in eine entsprechende Unterstützung bei den Wahlen umgesetzt hatte. Heute sehen sich die Mitte-Links-Präsidenten teils praktisch sofort mit heftigen Widerständen konfrontiert. Castillo ist ein Extrembeispiel. Er amtierte nicht einmal eineinhalb Jahre, bis er nach heftigen Auseinandersetzungen letztlich im Dezember 2022 vom Parlament abgesetzt wurde. Auch gegen die Wahl Lulas kam es sofort zu Demonstrationen und Straßenblockaden. Über seine Partei ließ der unterlegene, abgewählte Jair Bolsonaro – ohne reale Basis – juristischen Einspruch erheben, der allerdings wegen fehlender Begründung vom obersten Wahlgericht postwendend zurückgewiesen wurde (Schnatterer 2022a: 7). Die progressive Welle ist mit einer rechten – sich vielfach – radikalisierenden Gegenbewegung konfrontiert. Eine Analyse der gegenwärtigen polit-ökonomischen Konjunktur Lateinamerikas muss beides in Rechnung stellen. Die beiden Beiträge von Johannes Jäger zu Chile und Andreas Novy zu Brasilien arbeiten das vertieft heraus.

Fehlende Hegemoniefähigkeit

Tatsächlich ist eine Dialektik von progressiven Wahlerfolgen und zunehmend rechtsautoritären Gegenbewegungen für die letzten drei Jahrzehnte in Lateinamerika zu beobachten. Zwar waren die progressiven Kräfte im Erfolgszyklus der frühen 2000er Jahre offensiver, doch haben sie auch damals – trotz Meinungsführerschaft in bestimmten Bereichen (z.B. Sozialprogramme in Brasilien) – keine wirklich hegemoniale Position erringen können. Die materiellen Möglichkeiten, Gesellschaftsprojekte und gesellschaftliche Kompromisse materiell zu unterfüttern, sind in der Peripherie geringer als im Zentrum. Auch sind die gesellschaftlichen Strukturen noch heterogener, was die Formierung breit ausgelegter hegemonialer Projekte sehr erschwert (Becker 2008: 20 ff.). Wie der brasilianische Soziologe Francisco de Oliveira (1998: 203) aufzeigt, können die gesellschaftlichen Spaltungen so tief sein, dass „Herrschende und Beherrschte nicht dasselbe Sinngabungsfeld, dasselbe semantische Feld teilen“. Tatsächlich ist in den letzten drei Jahrzehnten ein Auf und Ab eher progressiver und rechter, teils sogar zutiefst reaktionärer Zyklen bei Wahlen festzustellen. Weder die progressiven noch die rechten Kräfte in Lateinamerika scheinen hegemoniefähig.

Der erste progressive Zyklus

Von Mitte der 1990er bis zu den frühen 2000er Jahren häuften sich die Finanzkrisen in Lateinamerika. Mitte-Links- und Links-Parteien brachten diese Krisendynamik in Zusammenhang mit den vorherrschenden neo-liberalen Politikmustern – und fanden zunehmend Resonanz in der Bevölkerung. In Ländern wie Bolivien und Ecuador gingen Jahre mit heftigen sozialen und politischen Protesten den Wahlerfolgen linksorientierter Kräfte voraus. In Argentinien resultierte der Umschwung zu Gunsten von Mitte-Links-Kräften des Peronismus unmittelbar aus Massendemonstrationen im Gefolge der schweren Finanzkrise. In Brasilien und Uruguay lagen die heftigsten Protestwellen schon länger zurück – in den Zeiten der Rückkehr zur Demokratie Mitte der 1980er Jahre. Danach war es aber zu einer systematischen Akkumulation der Kräfte von Partido dos Trabalhadores (PT) in Brasilien und der Frente Amplio – mit Wahlerfolgen zunächst auf kommunaler und, in Brasilien, auch auf bundesstaatlicher Ebene – gekommen. Im Gefolge der (erneuten) Finanzkrisen und dramatischen Verschlechterung der sozialen Lage reüssierten PT und Frente Amplio auch auf nationalstaatlicher Ebene.

In Ländern wie Bolivien, Ecuador und Venezuela, in denen die alte politische Ordnung diskreditiert war, sahen Linkskräfte die Chance, die Verfassungsordnung auf eine neue Grundlage zu stellen und setzten verfassungsgebende Prozesse in Gang. In Bolivien und Ecuador war hierbei die Schaffung eines plurinationalen Staates mit spezifischen Rechten für die indigene Bevölkerung ein zentraler Punkt (Kuppe 2010: 134 ff.). In den meisten Ländern war die politische Krise nicht so tief und der Regierungswechsel stellte die Verfassungsordnung nicht infrage. Damit waren die politischen Gestaltungsspielräume auch geringer. Teils vermochten die (Mitte-)Links-Kräfte nur das Präsidentenamt zu erobern, erreichten im Parlament nur eine Minderheitsvertretung. Das bedeutete dann, wie im Fall des PT in Brasilien, komplizierte und instabile Allianzbildungen mit Mitte-Rechts-Kräften. Die Tendenzen zu einer Personalisierung der linken

Politik waren tendenziell sehr ausgeprägt – und waren Ausdruck einer eher schwachen politischen Institutionalisierung der Linkskräfte. Über eine starke Organisation verfügten nur die PT in Brasilien und die Frente Amplio in Uruguay, über substanzielle Strukturen und ein Umfeld bei sozialen Bewegungen auch noch die peronistischen Mitte-Links-Kräfte in Argentinien und das Movimiento al Socialismo in Bolivien. Ansonsten war der Institutionalisierungsgrad schwächer. Damit war auch die Kontrolle über die Regierungsmacht verletzlich. Das fiel insofern stark ins Gewicht, als die repressiven Staatsapparate (Justiz, Polizei, Militär) vielfach den links-orientierten Kräften feindlich gegenüber standen.

Die progressiven Regierungen gingen mit dem Krisenerbe im Finanzsektor sehr unterschiedlich um – abhängig von der Tiefe der Finanzkrise und den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Argentinien und Uruguay waren sehr stark von der Finanzkrise betroffen worden. Die Mitte-Links-Peronisten nahmen starke Eingriffe in den Finanzsektor vor und drängten dessen Dollarisierung systematisch zurück. In der Wirtschaftspolitik begünstigten sie eher die produktiven Sektoren, vor allem die binnenorientierte Industrie. Die Frente Amplio nahm im Finanzbereich, der für die uruguayische Wirtschaft weiter eine zentrale Bedeutung hatte, hingegen nur kleine Korrekturen vor. Auch die PT-geführten Regierungen modifizierten nur die Muster der Finanzialisierung und nutzten diese zur Konsumankurbelung, beispielsweise durch leichteren und günstigeren Kreditzugang für ärmere Bevölkerungsgruppen (Becker 2007). Sie setzten zugunsten des Finanzsektors eher auf einen hochbewerteten Real. Die daraus resultierenden billigen Importe konterkarierten ihre industriepolitischen Bemühungen und führten zur Deindustrialisierung. Argentinien's Mitte-Links-PeronistInnen hingegen hielten den Peso lange Zeit schwach bewertet, was der industriellen Erholung zu Gute kam (Salama 2014: 95 ff.). Versuche zu Diversifizierung der Ökonomien seitens der Mitte-Links-Regierungen waren oft inkonsistent und nicht sehr erfolgreich. Damit blieb der Rohstoffexport in der Regel für die wirtschaftliche Dynamik zentral. Die damals hohen Rohstoffpreise suchten sich die Mitte-Links-Regierungen durch ein verstärktes staatliches Engagement im Rohstoffbereich oder zumindest durch höhere Besteuerung dienstbar zu machen. Durch die aktive Rolle des Staates, die klaren Regelsetzungen und stärkere Abschöpfung der Rohstoffrenten unterscheidet sich der Extraktivismus der progressiven Regierungen für Gudyas von den extraktivistischen Strategien ihrer rechten Vorgänger. Er kennzeichnet ihn daher als „Neo-Extraktivismus“ (Gudyas 2012: 49).

Die erhöhten Staatseinnahmen wurden sozialpolitisch eingesetzt. Höhere Sozialleistungen und vielfach deutlich steigende Löhne führten zu einer Minderung der Armut und einer Verbesserung des Lebensstandards der populären Klassen, die soziale Infrastruktur blieb aber oft unzureichend. In Ländern wie Uruguay, Brasilien und Argentinien gab es zudem systematisch Bemühungen, die Arbeitsverhältnisse zu reformalisieren. In Argentinien und Uruguay erlebten auch die Gewerkschaften durch verbesserte Beschäftigungssituation und Regierungspolitik einen Aufschwung. In Bolivien eröffnete die Regierung des Movimiento al Socialismo (MAS) Teilen der indigenen Bevölkerung neue Aufstiegs- und Geschäftschancen. In Brasilien öffnete die PT-Regierung über Quoten für benachteiligte Minderheiten und den Ausbau von Universitäten in peripheren Regionen das Universitätssystem in sozialer Hinsicht. So wurden informelle rassistische Trennlinien aufgebrochen. Gesellschaftliche Reformen gingen über die Sozialpolitik hinaus, stellten – außer ansatzweise in Venezuela – aber die überkom-

mene Eigentumsstruktur nicht grundsätzlich in Frage. Hier lag eine Grenze der Veränderungspolitik.

Die Mitte-Links-Kräfte brachten auch eine stärkere politische (nicht aber ökonomische) Zusammenarbeit auf der Ebene Südamerikas in Form der Union der südamerikanischen Staaten (Unasur) zustande. Die Unasur vermochte bei der Beilegung einiger politischer Krisen eine wichtige Vermittlungsrolle zu übernehmen.

Die rechte Gegenoffensive und ihre Grenzen

Die spürbare Verbesserung der Lebensverhältnisse der popularen Klassen waren zentral für die Legitimität und Wahlerfolge der Mitte-Links-Kräfte. Mit dem starken Rückgang der Rohstoffpreise ab Mitte der 2010er Jahre erlebte jedoch die wirtschaftliche Konjunktur in Lateinamerika einen schweren Einbruch und die Finanzierungsquellen für die Sozialpolitik sprudelten weitaus schwächer. Die hohe Rohstoffabhängigkeit der Akkumulation erwies sich – wie schon mehrfach in der lateinamerikanischen Geschichte – nun auch für die Mitte-Links-Kräfte als Achillesferse.

In dieser Konstellation wirtschaftlicher Schwierigkeiten und verminderter sozialpolitischer Spielräume entstanden Spielräume für eine Gegenoffensive rechter Kräfte. Kräfte des Kapitals verhärteten ihre Position gegenüber den Mitte-Links-Regierungen und orientierten sich weiter nach rechts. Besonders aggressiv zeigte sich – ganz entsprechend der Positionierungen des Großgrundbesitzes in der lateinamerikanischen Geschichte – das Agrobusiness, in besonders augenfälliger Weise in Argentinien, Bolivien und Brasilien. Aus verschiedenen Gründen positionierten sich vielfach auch Teile der Mittelschichten weiter rechts. In Brasilien hatte die Mittelklasse weniger Anteil an den Einkommenssteigerungen der PT-Regierungsjahre als die Bourgeoisie (oberstes 1%) und die untere Einkommenshälfte. Für sie war die Verschlechterung der Wirtschaftslage besonders fühlbar (Andrés 2022). Durch Förderungsprogramme für Indigene oder Schwarze sah sich die weiße Mittelschicht verstärkter Konkurrenz bei Bildung und Beschäftigung ausgesetzt. Auch wurde die soziale Distanz zu den unteren sozialen Klassen im Alltag geringer – all dies aktivierte rechte und rassistische Reflexe. Für Angehörigen der popularen Klassen erfüllten sich Aufstiegsversprechen durch verbesserte Bildung oft nicht. In Brasilien wurden war der Großteil der neuen Arbeitsplätze schlecht bezahlt, die Deindustrialisierung zog auch eine Dequalifizierung beim Arbeitskräftebedarf nach sich (Andrés 2022). Die soziale Infrastruktur blieb oft unzureichend. Dies führte zu Unzufriedenheit. Zudem stießen speziell in Brasilien evangelikale Kirchen in dieses institutionelle Vakuum. In neuen Armenvierteln der Peripherie waren sie oft die erste Institution, die einen gemeinschaftlichen Raum und wechselseitige soziale Unterstützungsinstitutionen schuf. Sie etablierte sich besonders stark in Armenvierteln der Zugewanderten, nicht in den traditionellen Armutregionen des Nordosten Brasiliens (Oualalou 2018: 9ff.). Ein erheblicher Teil der evangelikalen Kirchen steht aufgrund der Positionierung zu Geschlechterfragen (beispielsweise im Hinblick auf den Schwangerschaftsabbruch) der politischen Rechten sehr nahe. Auch die internationale Konstellation spielt eine Rolle. Keine der US-Regierungen war Ansätzen einer autonomeren Rolle der lateinamerikanischen Staaten auf internationaler Ebene gewogen und sie hintertrieben diese. Besonders destabilisierende Politiken entwickelten die USA gegen-

über Regierungen, die ein besonders prononciertes linkes Profil entwickelten bzw. unmittelbare Rohstoffinteressen der USA (wie Öl, Lithium) tangierten. In diese Gruppe fielen speziell Venezuela und Bolivien.

Teilweise bewegte und bewegt sich die Rechte im konstitutionellen Rahmen – beispielsweise Argentinien, Chile, Uruguay. Allerdings ist auch in Chile und Argentinien eine Rechtsentwicklung in der Rechten erkennbar. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen in Chile erwies sich der Kandidat der Pinochet-Nostalgiker, José Antonio Kast, als stärkster Kandidat der Rechten, polarisierte dann allerdings so stark, dass er gegen Mitte-Links-Kandidaten Boric verlor. In Argentinien ist um Javier Milei und seiner Partei La Libertad Avanza eine politische Rechtskraft, die wirtschaftspolitisch ultraliberalen mit politisch autoritären Positionen verbindet, im Aufwind.

In anderen Ländern zeigte die politische Rechte hingegen putschistische Tendenzen. In fast klassischen Mustern bewegten sich diese in Venezuela. Hier schaukelten sich mit der verschärften Wirtschaftskrise putschistische Tendenzen der Rechtsopposition und autoritäre Verhärtung der Maduro-Regierung wechselseitig hoch. Die USA, aber auch westeuropäische Regierungen setzten in Venezuela vor allem auf den hart-rechten Teil der Opposition, der einen sehr konfrontativen Kurs fuhr. Manchmal nahm die Opposition an Wahlen teil, dann wieder boykottierte sie diese. Auch eine Gegenregierung mit dem Gegenpräsidenten Juan Guaidó wurde gebildet und von westlichen Regierungen hofiert. Im Land selbst kam Guaidó allerdings nicht voran. Die USA verabschiedeten mehrere massive Sanktionspakete zu Venezuela (Weisbrodt/Sachs 2019), um die verwundbare venezolanische Ökonomie zum Einsturz zu bringen und der Rechtsopposition zum Durchbruch zu verhelfen. Rückgang des Rohölpreises plus umfassende US-Sanktionen hatten massive ökonomische Konsequenzen. Laut der Encuesta Nacional sobre Condiciones de Vida (Encovi), die von drei venezolanischen Universitäten getragen wird, ging das BIP real zwischen 2014 und 2020 akkumuliert um 74% zurück. Den Rückgang der formalen Beschäftigung, vor allem im öffentlichen Sektor, taxiert das Institut auf 4,4 Millionen (zit. nach Davies 2022). Die Einkommen wurden durch eine Hyperinflation aufgeessen. Zuletzt setzte die Maduro-Regierung auf eine Dollarisierung der Ökonomie, die eine Stabilisierung in der monetären Sphäre brachte. Die Lebensverhältnisse sind extrem polarisiert, vornehmlich profitiert eine kleine – teils auch mit Regierung verbundene – Bourgeoisie von der relativen Stabilisierung. Für die große Zahl der Armen gibt es monetäre Transfers und Nahrungsmittelpakete. Laut Encovi haben 90% der Haushalte Zugang zu den Nahrungsmittelpaketen, wenn auch nur 35% sie monatlich erhalten. 50% der Haushalte bekommen die kleinen monetären Transfers (zit. nach Davies 2022). Damit stellt die Maduro-Regierung zumindest eine Minimalsicherung bereit. Die Maduro-Regierung ist noch im Amt, aber unter dem Druck von Wirtschaftskrise und Sanktionen ist vom linken Projekt nicht viel übriggeblieben. Die Rechtsparteien in der Region nutzen Venezuela in ihrer Wahlpropaganda als Schreckgespenst. Der Krieg in der Ukraine verschafft derzeit allerdings der Maduro-Regierung außenpolitisch etwas Luft. Der US-Regierung ist an Öl-Lieferalternativen zum derzeitigen Hauptgegner Russland, der mit einem umfassenden Sanktionspaket belegt wurde, gelegen. Daher gibt es erste Lockerungsübungen gegenüber der venezolanischen Regierung in der Sanktionsfrage (Schnatterer 2022b: 7).

In Bolivien kam es 2019 zu Kontroversen über den Ausgang der Präsidentschaftswahl, zu der Evo Morales von der MAS entgegen den Verfassungsbestimmungen zu Amtszeit-

beschränkungen erneut angetreten war (vgl. Jasser 2020). Das knappe Resultat und vor allem eine Unterbrechung der Schnellauszählung (aber nicht der amtlichen Zählung) gaben den Anstoß zu Massenprotesten und Wahlbetrugsvorwürfen, welche die Organisation Amerikanischer Staaten, in der die USA über beträchtlichen Einfluss verfügen, „vorschnell“ unterstützte (Lessmann 2022: 19). Polizeieinheiten meuterten auf breiter Front, Morales sah sich zum Rücktritt genötigt. In irregulärer Sitzung und ohne das notwendige Quorum bestimmte ein Handvoll Parlamentarier die weit rechts stehende zweite Vizepräsidentin Jeanine Añez zur Übergangspräsidentin. Eine massive Repression folgte. Die neue Regierung setzte alles daran, die Veränderungen der letzten Jahre rückgängig zu machen. Es gelang der Rechtsregierung nicht, die ökonomische Situation zu stabilisieren. Die Pandemiebekämpfung war von krassen Korruptionsskandalen überschattet. Nach starker Mobilisierung der sozialen Bewegungen unter Führung des Hauptgewerkschaftsbundes und der Landarbeitergewerkschaft sah sich die Rechtsregierung gezwungen Neuwahlen für den August 2020 anzuberaumen, bei denen sich für das MAS Luis Arce im Rennen um die Präsidentschaft durchsetzte. Aber auch die Regierung Arce sieht sich Mobilisierungen von rechts gegenüber.

Gab es in Bolivien noch „klassische“ Elemente eines Putsches, wie die Rebellion der Polizeikräfte, macht in Lateinamerika eine neue Form des Putschismus Schule, in der Justiz und rechte Parlamentsmehrheiten PräsidentInnen in die Zange nehmen. Erprobt wurde dieses Muster zunächst in Honduras (2009) und Paraguay (2012), bevor es auch im lateinamerikanischen Schlüsselland Brasilien zur Anwendung kam. Hier schufen die Wirtschaftskrise und die politische Mobilisierung von rechts, in deren Zentrum Korruptionsvorwürfe gegen den PT standen, ein Klima, in dem eine neu formierte rechte Allianz 2016 die Präsidentin Dilma Rousseff mit der Anschuldigung der Verletzung von Budgetregeln aus dem Amt entfernte. Bei den 2018 anstehenden Wahlen verhinderte ein manipuliertes Gerichtsverfahren die Kandidatur von Luiz Inácio Lula da Silva, der als aussichtsreichster Kandidat gegolten hatte. Das Rennen machte in der Situation einer extremen politischen Polarisierung nicht die traditionelle Rechte, die Haupttriebkraft bei der Absetzung Rousseffs gewesen war, sondern der rechtsextreme Jair Bolsonaro. Auch in Brasilien machten die Rechtsregierung wichtige Reformen der PT-Ära zunichte und erodierten systematisch die demokratischen Institutionen. Insbesondere schwächte die Bolsonaro-Regierung die ohnehin magere staatliche Präsenz in den peripheren Zonen und Favelas noch weiter. Diese blieben speziell in der Pandemie auf sich gestellt (Nunes 2022). Das Pandemie-Management zeichnete sich durch einen extrem libertären Zugang aus, der zu einer Vielzahl von Todesopfern führte. Mit seinem rechtsautoritären Kurs verlor Bolsonaro, der in ausgeprägten Maße Militärs in Spitzenämter hievte, zwar zum Teil bei den Mittelschichten an Rückhalt (vgl. den Beitrag von Andreas Novy in diesem Heft), trotzdem ist es ihm gelungen, eine starke rechte Bewegung zu etablieren.

Auch die Rechtsregierungen hatten Schwierigkeiten, ihre Herrschaft zu verstetigen. Daher haben sie sich oft auf die repressiven Staatsapparate gestützt. Bei ihren Mobilisierungen setzten sie häufig auf Rassismus und geschlechterpolitische Themen (wie Schutz der traditionellen Familie; vgl. Salama 2020: 127 ff.). Damit konnten sie zwar strategische Minderheiten mobilisieren, aber nicht dauerhaft fortdauernde oder verschärfte soziale Probleme verdecken. Diese erfuhren durch die Covid-Krise eine massive Zuspitzung (vgl. Salama 2020: 103 ff.), was in sehr stark neoliberal geprägten Ländern

mit hoher sozialer Ungleichheit wie Chile und Kolumbien soziale Mobilisierungen auslöste.

Der zweite progressive Zyklus und seine Grenzen

Vier Schlüsseländerungen für die zweite „progressive Welle“ sind Argentinien, Chile, Kolumbien und Brasilien, wobei zu Chile und Brasilien vertiefte Analysen im Debattenteil folgen. Bei allen Wahlerfolgen von Mitte-Links-Kräften spielte die Unzufriedenheit mit der sozialen Lage und die magere Bilanz der regierenden Rechte eine wichtige Rolle, teils auch der Kampf um den Erhalt oder die Ausweitung der Demokratie. In Chile und Kolumbien, nicht aber in Argentinien und Brasilien, sind die partiellen Wahlerfolge der Linken vor dem Hintergrund der vorhergehenden sozialen Mobilisierungen zu sehen. Aber auch der peruanische Fall hat durch seine extreme Labilität Signifikanz für die Probleme der Linken – und den drohenden Umschwung nach rechts.

In Argentinien war die Unzufriedenheit mit den unsozialen Konsequenzen und der schlechten wirtschaftlichen Bilanz der rechtsliberalen Regierung von Mauricio Macri ausschlaggebend. In den Präsidentschaftswahlen setzte sich 2019 als Kandidat des Mitte-Links-Peronismus Alberto Fernández mit seiner Vize-Kandidatin Cristina Fernández de Kirchner, die vor Macri selbst Präsidentin gewesen war und die argentinische politische Öffentlichkeit stark polarisiert, gegen Macri mit 48,2 % zu 40,3 % durch. Auch in den Parlamentswahlen schnitt der mobilisierungsfähige Peronismus gut ab. Das rechtsliberale Lager um Macri war wirtschaftspolitisch auf den stark agrar-basierten Exportsektor und Finanzinteressen sowie die obere Mittelschicht ausgerichtet, der Mitte-Links-Peronismus hingegen ist eher auf die Förderung der binnenwirtschaftlichen Sektoren und die populären Klassen orientiert. Real war die Regierung Fernández jedoch sehr stark mit dem Krisenmanagement ausgelastet: der Covid-Krise mit ihren massiven wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen sowie den Schuldenhinterlassenschaften der Regierung Macri. Diese hatte 2018 einen 50 Mrd. US-\$-Kredit beim Internationalen Währungsfonds (IMF 2018), aufgenommen und dem Land eine stark gestiegene Auslandschuld – 2016: 181,4 Mrd. US \$, 2019: 278,5 Mrd. US \$ (Cepal 2022: 148, Tab. A1.11) – hinterlassen. Diese Hinterlassenschaften haben sich für die Regierung Fernández als ein Mühlstein erwiesen, und der Umgang mit ihnen hat auch zu zunehmenden Auseinandersetzungen innerhalb des Mitte-Links-Peronismus geführt (Casullo 2022: 84 f.). Die Regierung hat sich in ihrer Sozialpolitik beschränkt gesehen. „Besonders informelle Arbeiter:innen, aber auch Selbständige sehen sich einem immer schnelleren Kreislauf von gestiegenen Preisen und niedrigen Löhnen gegenüber“, hält Laurin Blecha (2022: 32) fest. Damit ist ein wesentlicher Teil der sozialen Basis des Peronismus von der andauernden Krise stark betroffen. Zudem sieht sich der Mitte-Links-Peronismus mit Widerständen mächtiger Kapitalgruppen, aber auch seitens institutioneller Akteure konfrontiert. Die Vize-Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner ist von Gerichtsverfahren mit Korruptionsvorwürfen überzogen worden. Die meisten mussten wegen Mangels an Beweisen eingestellt werden. Anfang Dezember 2022 wurde sie erstinstanzlich in einem Korruptionsverfahren zu sechs Jahren Haft und lebenslangem politischen Betätigungsverbot verurteilt. Allerdings gibt es starke Zweifel an der politischen Unbefangenheit sowohl des Staatsanwalts als auch der Richter (vgl.

Füllgraf 2022: 2, Kollmann 2022). Hier deuten sich Parallelen zum Verfahren gegen Lula an. Der sich zersplitternde Mitte-Links-Peronismus ist in der Defensive. Die Stimmenverluste bei den Kongresswahlen im Jahr 2021 waren bereits ein deutliches Warnzeichen für die Mitte-Links-PeronistInnen.

Nur kurz währte die Amtszeit des linken peruanischen Präsidenten Pedro Castillo. Er wurde im Juli 2021 gewählt, im Dezember 2022 wurde er bereits wieder abgesetzt. In Peru überlagern sich zwei Prozesse. Es gibt politisch eine extreme Zersplitterung auf der Rechten wie auf der Linken. Exekutive und Legislative liegen im Dauerstreit. Mehrfach kam es in den letzten Jahren zur Absetzung bzw. zum unfreiwilligen Rücktritt von Präsidenten, seit 2018 regierten sechs Präsidenten das Land (Brühwiller 2022: 7). Das Land ist sozio-ökonomisch tief gespalten. Dies wurde auch in den Präsidentschaftswahlen im Juli 2021 sehr augenfällig. In der Stichwahl standen sich Pedro Castillo, ein Lehrer und Gewerkschaftsaktivist aus der stark indigen geprägten Provinz, und Keiko Fujimori, die Tochter des von 1990 bis 2000 autoritär regierenden Ex-Präsidenten Alberto Fujimori, der die maoistische Guerrilla des Sendero Luminoso mit extremer Gewalt bekämpft hatte und wegen Menschenrechtsverbrechen (und Korruption) auch verurteilt worden war, gegenüber. Hinter Fujimori hatten sich die dominanten politischen und ökonomischen Kräfte versammelt. Castillo, der einen Bruch mit dem Neoliberalismus in Aussicht stellte, verdankte seinen denkbar knappen Wahlsieg mit 50,1% der Stimmen den WählerInnen auf dem Land, während Fujimori in der Hauptstadt Lima erfolgreich war (Kreuzroither 2022: 34). Für das (weiße) Establishment war Castillo als Präsident völlig inakzeptabel. Im stark fragmentierten Parlament verfügte Castillo nur über schwachen Rückhalt. Die Linkskräfte im Parlament spalteten sich zudem weiter. „Dem Parlament gelang es“, wie Fowks (2022) festhält, „die staatliche Exekutive zu blockieren und gleichzeitig Gegenreformen bei gesellschaftlichen Themen durchzusetzen.“ Dieser Blockadepolitik hatte Castillo keine ernsthafte Strategie entgegenzusetzen. Die parlamentarische Rechte blockierte Castillo nicht nur, sondern versuchte auch ihn loszuwerden. Bei den ersten beiden Absetzungsversuchen erreichte sie nicht die erforderliche Mehrheit. Daraufhin brachte sie im Spätherbst 2022 eine neue Variante, die eine „Suspendierung“ des Präsidenten wegen „temporärer Amtsunfähigkeit“ mit einem geringeren parlamentarischen Quorum ermöglicht, durch den Kongress (Noriega 2022). Angesichts der Zuspitzung des Konfliktes reagierte Castillo auf die Versuche des parlamentarischen Putsches seinerseits mit der Auflösung des Parlaments und der Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung. Daraufhin setzte ihn das Parlament mit großer Mehrheit seinerseits ab (Noriega 2022, Hermsdorf 2022: 7). Es ergab sich eine Dialektik von Putsch und Gegenputsch. Beide institutionelle Seiten des Konfliktes verfügen über schwachen gesellschaftlichen Rückhalt. Bei einer Umfrage des Instituto de Estudios Peruanos vom Oktober 2022 gaben 81% der Befragten an, dass sie die Arbeit des Kongresses ablehnen. Das war eine noch höhere Ablehnung als gegenüber dem Präsidenten selbst (Fowks 2022, Brühwiller 2022: 7). BäuerInnen- und Indigenenorganisationen riefen zu Protesten gegen die Absetzung Castillos auf, die auch Widerhall fanden. Castillos Vizepräsidentin Dina Boluarte übernahm zunächst die Präsidentschaft und kündigte nach wenigen Tagen Neuwahlen für den April 2024 an. Der Versuch einer Linksregierung scheiterte mithin sowohl an den starken und institutionell gut verankerten Rechtskräften, aber auch an der Zersplitterung und mangelnden strategischen Orientierung sowie taktischen Finesse der Linken. Allerdings ist auch

die Rechte tief gespalten und nicht nur nicht hegemonial, sondern ihrerseits kaum regierungsfähig.

In Chile war die politische Dynamik stark durch soziale Proteste geprägt. Es begann eine neue und anhaltende Phase der sozialen Proteste im Oktober 2019. Sie hatten ihren unmittelbaren Anlass in der schwierigen wirtschaftlichen Situation großer Bevölkerungsgruppen. Sie richteten sich gegen den verfestigten Neoliberalismus, einschließlich der noch aus der Zeit der Militärdiktatur stammenden Verfassung (vgl. Jäger 2020 und in diesem Heft). Die Proteste sind allerdings auch ein Ausdruck einer weitreichenden Repräsentationslücke. Bei einer Befragung gaben 2019 nur noch 19% an, sich mit irgendeiner der Parteien zu identifizieren (gegenüber 53% im Jahr 2006; Titelman/Leighton 2022: 7). Dieses Misstrauen gilt auch gegenüber den Linksparteien – auch wenn diese Forderungen der DemonstrantInnen noch am nächsten standen.

Den DemonstrantInnen gelang es, Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung durchzusetzen. Hierbei wurden vor allem „unabhängige“ KandidatInnen gewählt. Diese waren überwiegend progressiv orientiert, die Rechte erreichte bei den Wahlen keine Sperrminderheit in der Verfassungsgebenden Versammlung (Titelman/Leighton 2022: 5, Vergara 2021). Die progressive Mehrheit der Verfassungsgebenden Versammlung verabschiedete einen progressiv geprägten Text, unter anderem auch mit Bezügen auf einen plurinationalen Staat. Allerdings fehlte es den progressiven Kräften an institutioneller Stärke und an einem klaren Narrativ, um den Verfassungsentwurf gegen eine rechte mediale Übermacht zu verteidigen (vgl. Jäger in diesem Heft, Titelman/Leighton 2022: 10). Auf besonders starke Widerstände trafen die Verfassungsbestimmungen zu den Rechten der Indigenen (Kuppe 2022: 21). Die Kampagne der BefürworterInnen reüssierte nur bei den erklärten AnhängerInnen der Linksparteien, stieß aber bei anderen Wählergruppen – gerade auch bei den politisch wenig Interessierten, die bei der Wahlpflicht aber in großer Zahl zu Abstimmung gingen – auf wenig Resonanz (Titelman/Leighton 2022: 9).

Das instabile WählerInnenverhalten zeigte sich auch bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Im Dezember 2021 vermochte sich der Linkskandidat Gabriel Boric zwar gegen den Pinochet-Nostalgiker José Antonio Kast, der zu stark polarisiert hatte, mit 56% der Stimmen durchzusetzen, aber im Parlament gewann die Linke keine Mehrheit. Dies macht die institutionellen Schwächen der Linken noch einmal deutlich (Luna 2022: 46). Damit ist sie zu Kompromissen mit den zentristischen, neoliberalen Kräften gezwungen. Durch die strategische Niederlage beim Verfassungsreferendum ist sie zusätzlich geschwächt. Derzeit ist sie in einer Defensivposition, wie Johannes Jäger in seinem Beitrag in diesem Heft deutlich macht.

Ähnlich wie in Chile entstand auch in Kolumbien ein Momentum für einen linken Wahlsieg aus den 2018 beginnenden und 2021 kulminierenden sozialen Protesten. Die sozialen Proteste fanden vor allem in den Städten statt, hatten aber eine variierende soziale Basis. Im Jahr 2021 hatte auch die junge Armutsbevölkerung, die „wenig Vertrauen in und auch wenig Vertrautheit mit den Institutionen im Staat oder der Zivilgesellschaft“ (Hylton/Tauss 2022: III) hatte, eine Protagonistenrolle. Auf die Proteste reagierte die Rechtsregierung mit harter Repression. Die Rechte tat sich aber mit einer Antwort auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise, die durch die Pandemie noch deutlich verschärft worden war, schwer. Sie zeigte sich fragmentiert, der historische Block um den eng mit Paramilitärs und dem Agrobusiness verbundenen Exponenten

der harten Rechten Álvaro Uribe Velez war zerfallen. Dies öffnete Chancen für die Linkskräfte (Hylton/Tauss 2022: 105 ff.).

Die linke Opposition vermochte den Raum zu nutzen. Zur zentralen Figur wurde auf der Linken Gustavo Petro, der in den 1980er Jahren in der Guerrilla-Gruppe M-19 aktiv gewesen war und auf langjährige Erfahrung in der legalen Politik zurückblicken kann. Petro wurde in Vorwahlen zum linken Präsidentschaftskandidaten gewählt, Vize-Kandidatin wurde Francia Márquez, eine Afro-Kolumbianerin, die sich gegen die Bergbauaktivitäten von Minenkonzernen engagiert und damit angesichts der grassierenden rechten Gewalt wie auch andere AktivistInnen ein hohes persönliches Risiko eingegangen war. Der Linken war es gelungen verschiedene Gruppen zu einem Pacto Histórico zusammenzuführen. In den Wahlkampagnen für Parlament und Präsidentschaft griff die Linke zentrale Forderungen der Proteste auf: Umsetzung des Friedensabkommens zwischen der Guerrilla und der Regierung, Umbau der repressiven Staatsapparate, Ende der Korruption, progressive Besteuerung, Reform des Gesundheitswesens sowie des Pensionssystems, Regulierung der Bergbau-, Energie- und Holzfälleraktivitäten, ... (Hylton/Tauss 2022: 112, Olano Duque 2022: 5). Es gelang der Kampagne erfolgreich an Alltagsfragen anzuknüpfen – und sie wurde vor allem in peripheren Regionen und Armenvierteln geführt (vgl. Olano Duque 2022, Hylton/Tauss 2022: 114 f.). Die Kampagne war erfolgreich. In der Stichwahl im Juni 2022 trat Petro gegen einen rechten Kandidaten, Rodolfo Hernández, der sich als Anti-Establishment-Kandidat gab, aber die Unterstützung von großen Teilen der traditionellen Rechte genoss, an. Auch diese Konstellation zeigt eine Schwächung der traditionellen kolumbianischen Rechten. Petro setzte sich mit 50,4% zu 47,3% der Stimmen durch. Der linke Pacto Histórico erwies sich zwar in den Parlamentswahlen mit 17% der Stimmen als stärkster Block in den beiden Parlamentskammern, ist aber von einer eigenen Parlamentsmehrheit weit entfernt. Entsprechend sind auch seine Handlungsspielräume eingeschränkt. Zudem sieht sich die Linke einer starken politisch-ökonomischen Gegenmacht gegenüber: „die Finanzindustrie, die Mafias in allen Sektoren, die Streitkräfte des Drogenhandels, das Medienmonopol, die Großgrundbesitzer...“ (Olano Duque 2022: 12).

Petro ist sich dieser Konstellation sehr bewusst. Er ist systematisch für die Bildung einer breiten Allianz und hat versucht, VertreterInnen des alten Establishments in seine Allianz einzubeziehen. Dementsprechend hat er auch ein sehr breit gefächertes Kabinet gebildet (Hylton/Tauss 2022: 117, Leonhard 2022: 22 f.). Gleichzeitig hat die Regierung klare Prioritäten: Friedensschaffung, progressive Steuerreform, Agrarreform und politische Reform. Verhandlungen mit einer der verbliebenen Guerrilla-Gruppen wurden bereits aufgenommen, erste progressive steuerliche Maßnahmen verabschiedet.

Angesichts einer autoritären und aggressiven Rechten und einer nicht auszuschließenden Putschgefahr hat auch der PT und sein Präsidentschaftskandidat Luiz Inácio Lula da Silva – ähnlich wie Petro im Kolumbien – auf eine breite Bündnisbildung gesetzt, wie Andreas Novy in seinem Beitrag aufzeigt. Sein Vize-Präsidentschaftskandidat war ein konservativer Politiker. Aber Lula vermochte auch die Unterstützung kleiner Linksparteien zu gewinnen, deren Verhältnis zum PT in der Vergangenheit durchaus durch Konflikte geprägt war. Der gemeinsame Nenner war die Verteidigung der Demokratie gegen die autoritäre Rechte. Lula nuancierte auch sozialpolitische Forderungen und knüpfte hier an seine früheren Amtszeiten an. Zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang machte er bewusst Wahlkampf in den Armenvierteln. In der Präsidentschafts-

wahl reüssierte er mit diesem Ansatz knapp, am stärksten punktete Lula im armen Nordosten des Landes. In den beiden Parlamentskammern sind der PT und seine engsten Verbündeten hingegen in einer klaren Minderheitsposition, die extreme Rechte ist sehr gestärkt, die traditionellen Gruppierungen sind geschwächt. Im amorphen Lager des Centrão aus Mitte-Rechts-Parteien bietet sich für fragile Formen der Zusammenarbeit an. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Spielräume sind begrenzt (vgl. Novy in diesem Debattenteil).

Die Mitte-Links-Kräfte verfolgen eine Politik begrenzter Veränderungen. Ihre institutionelle Basis ist oft fragil, sie kontrollieren oft die Regierungsmacht, nicht aber die Parlamente und wichtige Staatsapparate. Ihrer WählerInnenschaft, speziell unter den Armen und prekär Beschäftigten, ist volatil. Das internationale wirtschaftliche Umfeld ist sehr kompliziert. Die Exportaussichten sind bestenfalls gemischt. Für im Ausland stark verschuldete Länder sind die deutlichen Zinserhöhungen der US-amerikanischen Fed, die zentral auf das internationale Zinsniveau einwirken, eine zumindest potenzielle Bedrohung. Bereits aktuell erreicht zumindest der Schuldendienst im Vergleich zu den Exporten in Ländern wie Argentinien, Brasilien oder Kolumbien eine kritische Dimension (erlassjahr.de/Misereor 2022, Tab. 1).

Allerdings eröffnen die progressiven Wahlerfolge auch neue Kooperationsmöglichkeiten in Lateinamerika, speziell Südamerika. Kolumbien war ein enger, auch militärischer Verbündeter der USA. Das Verhältnis zu Venezuela war in den letzten Jahren sehr angespannt. Hier hat Petro sofort nach Amtsbeginn entspannende Schritte gesetzt. In den Amtszeiten von Lula und Rousseff haben die PT-geführten Regierungen deutliche Akzente in der südamerikanischen und Süd-Süd-Zusammenarbeit, hier speziell mit Indien und Südafrika, gesetzt. In einem Interview mit der Nueva Sociedad betonte der frühere brasilianische Außenminister Celso Amorim die Notwendigkeit einer verstärkten regionalen Integration und Zusammenarbeit in Süd- und Lateinamerika und auch erneute eine relativ günstige Konstellation. Angesichts der verstärkten Staatenkonkurrenz zwischen den USA, China und Russland könne „Brasilien, und das gilt auch für unsere Partner in Südamerika und ganz Lateinamerika, nicht zwischen der einen oder anderen Seite wählen“ (Amorim im Interview mit Lirio 2022). Hiermit greift Amorim in aktualisierter Form Traditionen der Blockfreienbewegung aus der Zeit des kalten Krieges auf. Zu diesen gehörte auch die Orientierung auf eine „friedliche Koexistenz“. Amorim betont die Notwendigkeit einer de-eskalierenden Politik und der internationalen Kooperation auf Feldern wie der Klimaerwärmung. Hier könnte die neue brasilianische Regierung positive internationale Impulse setzen.

Literatur

- Andrés, Roberto (2022): Os novos desafios do Lulismo. In: Piauí, 30. Oktober (<https://piaui.folha.uol.com.br/eleicoes-2022/os-novos-desafios-do-lulismo/>; 23.11.2022)
- Becker, Joachim (2007): Crisis financieras en los noventa y después: los casos de Argentina, Brasil y Uruguay. In: Becker, Joachim (Hg.): El golpe del capital. Las crisis financieras en el Cono Sur y sus salidas. Montevideo, 35–62
- Becker, Joachim (2008): Der kapitalistische Staat in der Peripherie: polit-ökonomische Perspektiven. In: Journal für Entwicklungspolitik, 24(2), 10–32
- Blecha, Laurin (2022): Ein Kredit als politische Hypothek. In: Lateinamerika anders, 47(2), 32

- Brühwiler, Tjerk (2022): Staatsstreich abgewendet. In: Frankfurter Allgemeine, 9.12., 7
- Canelas, Manuel (2022): América Latina: no todo que brilla es un "ciclo". In: Nueva Sociedad, Nr. 299, 35–43
- Casullo, María Esperanza (2022): El curioso caso de un peronismo no verticalista. In: Nueva Sociedad, Nr. 299, 83–92
- Cepal (2022): Balance Preliminar de la Economías de América Latina y el Caribe 2021. Santiago de Chile
- Davies, Vanessa (2022): "Matar tigritos" para sobrevivir en Venezuela. In: Nueva Sociedad – Opinión, November 2022 (www.nuso.org/articulo/Venezuela/matar-tigre/imprimir/, 21.11.2022)
- de Oliveira, Francisco (1998): Os direitos do antivalor. A economia política da hegemonia imperfeita. Petrópolis
- erlassjahr.de/Misereor (2022): Schuldenreport 2022. Düsseldorf/Aachen
- Fowks, Jacqueline (2022): Las mil crisis de Perú y la "resistencia" de Pedro Castillo. Nueva Sociedad – Opinión, November 2022 (www.nuso.org/articulo/las-mil-criisis-del-peru; 23.11.2022)
- Füllgraf, Frederico (2022): Die Gejagte. In: Der Freitag, 15.9., 2
- Gudynas, Eduardo (2012): Der progressive Extraktivismus in Südamerika. In: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika/Rosa Luxemburg Stiftung (Hg.): Der neue Extraktivismus. Eine der Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin, 46–52
- Hermsdorf, Volker (2022): Castillo muss Hut nehmen. In: junge Welt, 9.12., 7
- Hylton, Forrest/Tauss, Aaron (2022): Columbia at the Crossroads. In: New Left Review, Nr. 137, 87–125
- IMF (2018): IMF Executive Board Approves US\$ 50 Billion Standby-By Arrangement for Argentina. IMF Press Release No. 18/245 (www.imf.org/en/News/Articles/2018/06/20/pr18245-argentina-imf-executive-board-approves-US50-billion-stand-by-arrangement; 7.12.2022)
- Jäger, Johannes (2020): Chile: Aufstand im Musterland des Neoliberalismus. In: Kurswechsel, Nr. 1, 89–93
- Jasser, Marie (2020): „Sollen Sie doch ihr Geld essen und auf ihren Münzen kauen“. Die gesellschaftliche Polarisierung Boliviens. In: Kurswechsel, Nr. 1, 83–88
- Kollmann, Raúl (2022): La condena a Cristina Kirchner: la asociación ilícita resultó la de los jueces. In: Pagina12, 7.12 (www.pagina12.com.ar/505398-la-condena-a-cfk-fallo-cantado-contradictorio-sin-pruebas; 7.12.2022)
- Kreuzroither, Jürgen (2022): Von der Krise zur Improvisation. In: Lateinamerika anders, (2) 14–15
- Kuppe, René (2010): Das Ringen ums Recht: vom liberalen zum plurinationalen Konstitutionalismus In: Gabriel, Leo/Berger, Herbert (Hg.): Lateinamerikas Demokratie im Umbruch. Wien, 111–144
- Kuppe, René (2022): Ein Entwurf im Geist des Neuen Konstitutionalismus. In: Lateinamerika anders, 47(3), 20–21
- Leonhard, Ralf (2022): Aufbruch in Kolumbien. In: Lateinamerika anders, 47(3), 22–23
- Lessmann, Robert (2022): Rückkehr zu Demokratie. Eine Bilanz. In: Lateinamerika anders, 47(1), 19–21
- Lirio, Sergio (2022): América del Sur en la nueva geopolítica global. In: Nueva Sociedad, Nr. 301, 82–92
- Luna, Juan Pablo (2022): Una promesa llamada Boric. In: Nueva Sociedad, Nr. 299, 44–56
- Noriega, Carlos (2022): Perú: de los intentos de destituir a Pedro Castillo al abrupto desenlace. In: Pagina/12, 8.12. (www.pagina12.com.ar/505688-peru-de-los-intentos-de-destituir-a-pedro-castillo-albrupt; 12.12.2022)
- Nunes, Pablo (2022): Lula terá de reconstruir país a partir dos encombros deixados por Bolsonaro. In: Piauí, 1. November (<https://piaui.folha.uol.com.br/lula-tera-dereconstruir-pais-a-partir-dos-encombros-deixado-por-bolsonaro;> 23.11.2022)
- Oualalou, Lamia (2018): Jésus t'aime. La déferlante évangélique. Paris
- Olano Duque, Iván (2022): Tres momentos en el triunfo de la izquierda colombiana. In: Nueva Sociedad, Nr. 300, 4–13
- Salama, Pierre (2014): Des pays toujours émergents? Paris
- Salama, Pierre (2020): Contagion virale, contagion économique, risque politique en Amérique latine. Vulaines-sur-Seine
- Schnatterer, Frederic (2022a): Geldstrafe statt Wahlsieg. In: junge Welt, 25.11.2022, 7
- Schnatterer, Frederic (2022b): Washington im Hintergrund. In: junge Welt, 26.11.2022, 7
- Titelman, Noam/Leighton (2022): ¿Por qué ganó el rechazo a la nueva Constitución chilena? In: Nueva Sociedad, Nr. 301, 5–14
- Vergara, Camila (2022): Chile Confounds. In: Sidecar, 2. Juni 2022 (<https://newleftreview.org/sidecar/posts/chile-confounds;> 5.12.2022)
- Weisbrot, Mark/Sachs, Jeffrey (2019): The Economic Sanctions as Collective Punishment: The Case of Venezuela. CEPR, April. ([https://cepr.net/images/stories/reports/venezuela-sanctions-2019_04.pdf;](https://cepr.net/images/stories/reports/venezuela-sanctions-2019_04.pdf) 2.12.2022)